

Die Ergebnisse der Hamburg-Wahlen am 20. Februar 2011 – Wahlnachtbericht und erste Analyse

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung aufgrund des Hamburger Wahlrechts.....	1
I. Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung.....	2
II. Das Hamburger Parteien- und Wahlsystem.....	4
a) Das Hamburger Parteiensystem.....	4
b) Das Hamburger Wahlsystem.....	6
III. Erkenntnisse der Vorwahlbefragungen.....	7
a) Klare Wechselstimmung zugunsten der SPD und Olaf Scholz	7
b) Interesse an der Bürgerschaftswahl	10
c) Parteienkompetenzen und Parteieigenschaften.....	10
d) Die wichtigsten Probleme in Hamburg.....	11
IV. Das Wahlergebnis und die Auswirkungen auf Bundesrat und LT-Wahlen	13
a) Das Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl im Vergleich.....	13
b) Die Briefwähler/-innen	15
c) Auswirkungen auf den Bundesrat.....	15
d) Die Hamburg-Wahl: Kein Passepartout für die Landtagswahlen in diesem Jahr...	16
V. Erste Analyse der Wahlergebnisse.....	17
a) Die Wähler/-innenwanderung	17
b) Regionale Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Arbeitslosigkeit	18
c) Regionale Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Ausländeranteil.....	18
d) Regionale Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Anteil an Migrant/-innen.....	19
Die Autoren / Vorbehalt	21

Vorbemerkung aufgrund des Hamburger Wahlrechts

Aufgrund der Besonderheiten des neuen Hamburger Wahlrechts und der damit verbundenen Frist bis zur Feststellung eines vorläufigen amtlichen Endergebnisses weichen die Auswertungen dieses Wahlnachtberichtes teilweise deutlich von den bekannten Mustern ab.

Am Wahlabend selbst wurde festgestellt, wie viele Wahlberechtigte an der Wahl teilgenommen haben. Von den vier Stimmzetteln (je zwei für Bürgerschaft und Bezirksparlament) wurden nur die Landeslistenstimmzettel in einem vereinfachten Verfahren ausgezählt. Vereinfachtes Verfahren bedeutet, dass lediglich die Stimmen für die Parteien gezählt wurden, nicht aber ihre Verteilung auf die Personen innerhalb der Liste. Unklare Stimmabgaben wurden vorläufig als ungültig gezählt. Die Vollauszählung erfolgt erst am heutigen Montag. In dieser Wahlnacht wurde also lediglich ermittelt, wie sich die 121 Sitze der Hamburgischen Bürgerschaft auf die Parteien vorläufig verteilen. Ob es infolge der Personenwahl in den Bezirken zu Überhangmandaten und in der Folge zu Ausgleichsmandaten kommen wird, bleibt offen. Allerdings geht der Landeswahlleiter davon aus, dass die vorläufigen Ergebnisse dieser Nacht „hinreichend genau die Fraktionsstärke der Parteien widerspiegeln“¹.

Für Dienstag wird mit dem vorläufigen amtlichen Ergebnis für die Bürgerschaft gerechnet, für Donnerstag mit demjenigen für die Bezirke.

Aufgrund dieses Auszählverfahrens liegen in der Wahlnacht nur Angaben darüber vor, wie viele Stimmen auf die einzelnen Parteien entfallen sind. Da jeder Wähler und jede Wählerin für die Landeslisten fünf Stimmen vergeben konnte, bleibt unklar, wie viele Personen sich hinter den Stimmen für eine Partei verbergen.

¹ http://www.hamburg.de/wahlen/nofl/2785344/2011-02-15-bis-pm-lpk-vor-der-wahl.html#anker_7

Damit ist jeder Vergleich absoluter Zahlen mit vorherigen Ergebnissen so gut wie nicht möglich, auch die Erhebungen über Wählerwanderungen sind mit größerem Vorbehalt als üblich zu betrachten.

Das am Wahlabend veröffentlichte Ergebnis weist 691.879 gültige Stimmzettel für die Landesliste aus (= Wähler/-innen) und 3.401.429 gültige Stimmen. Das sind knapp 58.000 Stimmen weniger als es hätten sein müssen, wenn auf jedem Stimmzettel fünf Stimmen vergeben worden wären. Die Zahl der ungültigen Stimmen ist mit 23.759 vorläufig dreimal so hoch wie 2008, kann sich jedoch im Verlauf der Vollauszählung der Landeslisten noch verringern.

I. Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung

Die **Wahlbeteiligung** bei der Bürgerschaftswahl 2011 lag mit 57,0% um 70.000 Personen niedriger als bei der Bürgerschaftswahl 2008 (63,5%) und erreichte einen neuen Tiefstand. Gegenüber der Bürgerschaftswahl 2004 beträgt der Wählerschwund sogar knapp 12%. Der Rückgang verdankt sich bei dieser Wahl vor allem enttäuschten CDU-Wähler/-innen, die zu Hause blieben. Von einer „Partei der Nichtwähler“ als der „größten Partei“ zu sprechen, würde die Heterogenität der Nichtwähler hinsichtlich ihrer Motive und politischen Einstellungen vollständig verkennen.

Tabelle: Vorläufiges Ergebnis der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 20.02.2011 (Auszählung der Landeslisten nach Parteien, Stand 20.02.2011 22:47)

Bundesland	Einheit	Wahlbet.	Zweitstimmenanteile 2011					
			CDU	SPD	Grüne /GAL	FDP	Linke	Sonst.
Hamburg	%	57,0	21,9	48,3	11,2	6,6	6,4	5,5
	Sitze	121	28	62	12	9	8	0
Vorherige Bürgerschaftswahl								
Hamburg	%	63,5	42,6	34,1	9,6	4,8	6,4	2,6
	Sitze	121	56	45	12	0	8	0
Veränderung gegenüber der vorherigen Bürgerschaftswahl								
Hamburg	%	-6,5	-20,7	14,2	1,6	1,8	0	2,9
	Sitze		-28	17	0	9	0	0

Die **CDU** in Hamburg ist die grandiose Wahlverliererin. Sie verlor 20,7 Prozentpunkte und die Hälfte ihrer Bürgerschaftssitze (-28). Es ist der größte Einbruch einer regierenden Partei bei einer Landtagswahl. Nur noch gut jede/jeder fünfte Wähler/in wählte vermutlich – siehe Hinweise zu Wahlrecht und Auswertung – die CDU. Bezogen auf die Wahlberechtigten erhielt die CDU Stimmen von etwa jedem neunten.

Die **SPD** ist die Wahlsiegerin des Abends. Erstmals erreichte sie wieder einen deutlichen Stimmenzuwachs (+14,2%) und fast die Hälfte der Stimmen. Mit 62 Sitzen (plus 17) verfügt sie über die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft und kann alleine regieren. Das Ergebnis verschafft der SPD zudem Rückenwind für die kommenden Landtagswahlen – mehr jedoch nicht. Der Wahlsieg wird eng mit der Person von Olaf Scholz verbunden und zugleich von den Kommentatoren im Rahmen der innerparteilichen Auseinandersetzungen gedeutet: Mit Olaf Scholz hat jemand Wahlen gewonnen, der aktiv an der Agenda 2010-Politik beteiligt war, sich nicht von ihr distanziert und sich in die Schmidt-Schröder-Tradition gestellt hat. Flugs wird ihm bereits von interessierter Seite die Frage nach einer Kanzlerkandidatur angetragen und er als Gegenspieler von Gabriel aufgebaut.

Die **Grünen/GAL** haben von ihrer Absetzbewegung aus der schwarz-grünen Koalition nicht wie erhofft profitieren können. Zwar legten sie leicht zu, aber sie werden für eine Regierungsbildung nicht mehr benötigt, verlieren also an politischem Einfluss. Zudem starten sie mit einem deutlich schlechteren Ergebnis als die bundesweiten Umfrage-Ergebnisse ins Wahljahr. Sie bestätigen den Ruf, eher Umfragen als Wahlen gewinnen zu können.

DIE LINKE erreicht erneut 6,4% der Stimmen. Unter Berücksichtigung der rückläufigen Wahlbeteiligung verbirgt sich dahinter ein Verlust von gut 5.000 Wähler/-innen gegenüber der Bürgerschaftswahl 2008. Gleichwohl ist das Ergebnis ein politischer Erfolg.

Der Wiedereinzug bestätigt die Stabilität der Partei in den westdeutschen Ländern. Die Stabilität der Stimmenanteile spricht dafür, dass die Partei ihre Wähler auch unter den Vorzeichen eines scheinbar sicheren Wahlsieges für SPD (und Grüne) mobilisieren kann. Insgesamt spricht das Ergebnis für die Herausbildung eines zumindest Wiederwählermilieus, wenn nicht sogar Stammwähler/-innenmilieus.

Doppelten Gewinn kann auch die **FDP** verbuchen: Sie zieht wieder in die Bürgerschaft ein, wenn auch voraussichtlich nur als weitere bürgerliche Oppositionspartei, und beendet damit ihr außerparlamentarisches Dasein in Hamburg für die kommenden vier Jahre. Damit kann sie als Partei das Ergebnis bundespolitisch auch als Signal für eine Trendwende des Niedergangs in den Umfragen deuten.

Welche **bundespolitischen Wirkungen** vom Hamburger Wahlergebnis ausgehen, wird erst nach Abschluss des diesjährigen Wahlzyklus zu ermitteln sein. Vorerst handelt es sich um ein Hamburger Wahlergebnis. Es weist Muster auf, die aus anderen großen Städten bekannt sind: Beginnend in den 80er Jahren und verstärkt in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts haben sich die vormals gefestigten Wählerbindungen aufgelöst. Stabile SPD-Mehrheiten vor allem in traditionellen Arbeitnehmersmilieus lösten sich auf, auch die Bindungen bestimmter Schichten an die CDU nahmen ab. In anderen großen Städten führte dies zum Aufschwung für Wählervereinigungen. In Hamburg wurden diese Ablösungsprozesse durch die Schill-Partei katalysiert. Auf diesem Wege gelangte die CDU erstmals in den Amtssitz des Ersten Bürgermeisters.

Es gelang ihr in der Folgezeit, die Schill-Partei zu zerlegen, ohne jedoch eine feste Wähler- und Milieubindung erzeugen zu können. Nicht zuletzt durch den Modernisierungs-Kurs von Ole von Beust verunsichert (Schulreform!), wandten sich ganze Großmilieus wieder von der CDU ab und zur SPD hin. Am Ende sprachen die Hamburger der CDU vor allem zwei Dinge ab: Bürgernähe und Regierungsfähigkeit.

Die SPD vermied im Wahlkampf jegliche politische Richtungsentscheidung, sondern setzte auf „Wirtschaft“ und „sozialen Zusammenhalt“, versprach mithin sich um Arbeitsplätze und die alltäglichen Sorgen und Probleme in einer großen Stadt zu kümmern. Der Wahlsieg der SPD ist zu allererst der Unfähigkeit der Union zu verdanken, die Regierungszeit zur Festigung der Wählerbindungen nutzen zu können. Diese Unfähigkeit wiederum verdankt sich der sozialen Heterogenität der großstädtischen Schichten, die die Union 2004 und 2008 für sich gewonnen hatte. Obwohl das Ergebnis in traditioneller Lager-Sicht eine 70:30 Mehrheit des „linken“ gegenüber dem „bürgerlichen“ Lager ausweist, dürfte der Wahlerfolg der Hamburger SPD gerade daher rühren, dass sie keinen Lager-Wahlkampf geführt hat, sondern eher einen kommunalen Bürgermeister-Wahlkampf. Das Hamburger Wahlergebnis ist deshalb ein lokales Ereignis, aber keine Blaupause für den Bund.

II. Das Hamburger Parteien- und Wahlsystem

a) Das Hamburger Parteiensystem

Mit der Bürgerschaftswahl 2011 in Hamburg wurde, so die Wahrnehmung vieler Beobachter/-innen, eine „Normalität“ wiederhergestellt, als die SPD die Regierungsgeschäfte wieder übernimmt. Dabei wird unterstellt, dass Hamburg im Kern eine „sozialdemokratische Stadt“ sei. In dieser Sichtweise spiegelt sich zwar einerseits die jahrzehntelange sozialdemokratische Dominanz in der Hansestadt, doch werden dabei zugleich diejenigen Veränderungen ausgeblendet, die zu einer sukzessiven Auflösung ursprünglich sozialdemokratischer Hegemonie beitrugen. Daran ändert auch eine absolute Mehrheit innerhalb der Bürgerschaft für die SPD nichts.

Das Hamburger Parteiensystem der Nachkriegszeit bis 2004 ließ sich nach Horst² in folgende Phasen unterteilen:

- Formierungs- und Konsolidierungsphase 1945-57: Kampf um die Vorherrschaft zwischen „Bürgerblock“ und SPD
- Stabilitätsphase 1957-1978: Hegemonie der SPD im Zweieinhalbparteiensystem
- Erste Transformationsphase 1978-1993: Verlust der sozialdemokratischen Hegemonie
- Zweite Transformationsphase 1993-2004: „Bürgerlicher Protest“ gegen schwarz-rot-grünen Parteienfilz

Ergänzend wäre aus heutiger Perspektive eine weitere Phase einzufügen:

- Partielle Konsolidierungsphase 2004-2011: Partielle christdemokratische Dominanz

In einem, aufgrund des von der britischen Besatzungsmacht geschaffenen Wahlrechts, „verschärften Parteienwettbewerbs“ gelang es der CDU bis 1957 eine, wenn auch auf unsicherem Fundament beruhende, Symmetrie im Wettbewerb mit der SPD herzustellen.³ Diese Symmetrie ging im Zuge der Stabilitätsphase, und in Folge der Einführung des Verhältniswahlrechts ab 1957, verloren. Die Jahre bis 1978 waren im Wesentlichen geprägt von:

- Absoluten Mehrheiten der SPD und einer extremen Asymmetrie im Parteienwettbewerb zu Lasten der CDU, die mit in der Regel mehr als 20 Prozentpunkten hinter der SPD rangierte,
- einer Konzentration von rund 90% der abgegebenen Wähler/-innenstimmen auf den beiden Parteien SPD und CDU, was bei einer Wahlbeteiligung von durchschnittlich 75% einer Mobilisierung von rund zwei Dritteln der Wahlberechtigten durch die beiden Volksparteien entsprach.⁴

Die Wandlungsprozesse im bundesdeutschen Parteiensystem, die gemeinhin mit der Entstehung der Partei Die Grünen in Verbindung gebracht werden, wirkten sich auch auf Hamburg aus. In der ersten Transformationsphase des hamburgischen Parteiensystems (1978-1993) brach die GAL mit ihren Stimmengewinnen in das sozialliberale Wähler/-innenreservoir ein und übernahm nicht nur den dritten Platz im Parteienspektrum von der FDP, sondern drängte diese phasenweise an den Rand der Bedeutungslosigkeit.⁵ Die SPD verlor ihre hegemoniale Stellung und der CDU gelang es, mit der SPD im Wesentlichen gleichzuziehen. Allein die Stärke der Grünen und die Schwäche der FDP verhinderten in den achtziger Jahren einen Machtwechsel von der SPD zur CDU. Gleichwohl änderte sich an der Konzentration der Wähler/-innenstimmen auf die beiden Parteien SPD und CDU auch in dieser Phase noch wenig, allein die Fragmentierung im Parteiensystem war gestiegen.⁶

In der zweiten Transformationsphase, die den Zeitraum von 1993 bis 2001 bzw. 2004 umfasste, prägten nicht mehr die Grünen die Entwicklung, da sie zwischenzeitlich zum etablier-

² Patrick Horst 2004, Das Parteiensystem Hamburgs, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 217-264.

³ Horst 2004, a.a.O., S. 223.

⁴ Horst 2004, a.a.O., S. 225.

⁵ Horst 2004, a.a.O., S. 226.

⁶ Horst 2004, a.a.O., S. 227.

ten Bestandteil des hamburgischen Parteiensystems geworden waren. Vielmehr prägten bürgerliche Protestparteien, insbesondere die „Statt Partei“ des damaligen CDU-Rebellen Markus Wegner in der Mitte der 90er Jahre und die „Schill-Partei“ am Beginn der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts in dieser Zeit das hamburgische Parteiensystem. Die Existenz aber auch der Einfluss beider Parteien auf die Regierungspolitik (während die Schill-Partei der Union 2001 die Ablösung der SPD von der Macht ermöglichte, hatte 1994 noch Henning Voscherau (SPD) die „Statt Partei“ den Grünen vorgezogen) gründete sich, so Horst, auf einem blockierten Parteiensystem einerseits und konkordanzdemokratische Mechanismen der Einbeziehung beider Großparteien in die Ämterpatronage. Beide Aspekte boten populistischem Protest günstige Gelegenheitsstrukturen.

Anders als in der vorhergehenden Transformationsphase unterlagen nunmehr Parteiensystem und insbesondere die beiden Großparteien spürbaren Veränderungen:

- die Fragmentierung des Parteiensystem stieg ebenso signifikant, wie die Volatilität des Wahlverhaltens,
- damit ging im Umkehrschluss eine verminderte Konzentration der Wähler/-innenstimmen auf die beiden Großparteien einher, deren Mobilisierungsfähigkeit infolge sinkender Wahlbeteiligung auf unter 50% fiel,
- die Mitgliederentwicklung aller etablierten Parteien sank ab und halbierte sich bei der SPD im Verlauf der vergangenen 20 Jahre.⁷

Tabelle: Bürgerschaftswahlergebnisse in Hamburg 1946 bis 2008

Wahl	SPD		CDU		FDP		Grüne/GAL		Sonstige <5%	
	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
1946	43,1	83	26,7	16	18,2	7	-	-	KPD: 10,4	4
1949	42,8	65	34,5*	40	-	-	-	-	DP: 13,3 KPD: 7,4	9 5
1953	45,2	58	50**	62	-	-	-	-	-	-
1957	53,9	69	32,2	41	8,6	10	-	-	-	-
1961	57,4	72	29,1	36	9,6	12	-	-	-	-
1966	59,0	74	30,0	38	6,8	8	-	-	-	-
1970	55,3	70	32,8	41	7,1	9	-	-	-	-
1974	44,9	56	40,6	51	10,9	13	-	-	-	-
1978	51,1	69	37,6	51	4,8	-	-	-	-	-
Juni 1982	42,7	55	43,2	56	4,9	-	7,7	9	-	-
Dez. 1982	51,3	64	38,6	48	2,6	-	6,8	8	-	-
1986	41,7	53	41,9	54	4,8	-	10,4	13	-	-
1987	45,0	55	40,5	49	6,6	8	7,0	8	-	-
1991	48,0	61	35,1	44	5,4	7	7,2	9	-	-
1993	40,4	58	25,1	36	4,2	-	13,5	19	Statt: 5,6	8
1997	36,2	54	30,7	46	3,5	-	13,9	21	DVU: 5,0	-
2001	36,5	46	26,2	33	5,1	6	8,6	11	Schill: 19,4	25
2004	30,5	41	47,2	63	2,8	-	12,3	17	-	-
2008	34,1	45	42,6	56	4,8	-	9,6	12	-	-

* CDU, FDP, Deutsche Konservative Partei zusammen als „Vaterstädtischer Bund Hamburg (VBH)

** CDU, FDP und BHE zusammen als „Hamburger Block“ / (Quelle: Horst 2004, a.a.O., S. 222)

Während in der zitierten Untersuchung die vorerst letzte, von Horst untersuchte Phase, im Jahre 2004 endet, ist mit dem Wissen des Jahres 2011 möglicherweise der Zeitraum 2004 bis 2011 als partielle Konsolidierungsphase mit christdemokratischer Dominanz zu interpretieren.

⁷ Horst 2004, a.a.O., S. 228f.

tieren. Der Begriff der Dominanz setzt sich bewusst vom Begriff der Hegemonie ab, da die dominierende Rolle der Christdemokraten unter dem lange Zeit populären Ersten Bürgermeister Ole von Beust erhebliche Unterschiede zur tatsächlichen Hegemoniephase der SPD bis 1978 aufweist.

Die Dominanz der CDU wurde getragen durch ein ebenso unsicheres Fundament wie zwischen 1945 und 1957. Sie trug insbesondere der Schwäche der SPD sowie den hohen Persönlichkeits- und Glaubwürdigkeitswerten von Beusts Rechnung, jedoch nicht einer konsolidierten Stärke der hanseatischen Christdemokraten. Nach dem Ausscheiden aus der Regierung implodierte das parteiförmige Schill-Phänomen, von Beust konnte bürgerliche Wähler/-innen an die Union binden und sie sogar in eine Koalition mit den Grünen führen. Wenn Horst schon die genannten konkordanzdemokratischen Mechanismen als etwas „Schwizzerisches“ in Hamburg kennzeichnet, dann zählt der Einfluss direktdemokratischer Instrumente sicherlich ebenfalls dazu.

Von Beust konnte seine Wähler/-innen zwar mit der ersten schwarz-grünen Koalition im Bundesgebiet versöhnen, nicht jedoch mit einer Reform des Schulsystems, die vom traditionell starken hanseatischen Bürgertum abgelehnt wurde. Dies und der Rückzug der christdemokratischen Galionsfigur von Beust, verbunden mit einer Rückbesinnung der Hamburg-CDU auf ihre konservative Kernwähler/-innenschaft beendete letztlich diese temporäre hamburgische CDU-Dominanz.

Daraus zu schließen, dass der SPD in Hamburg ein „zweiter Frühling“ und die Rückkehr zu alter Hegemonie gelingen könnte wäre ein großer Irrtum. Die SPD mag die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft, dem Hamburger Parlament gewonnen haben. Eine absolute Mehrheit in der wahlberechtigten Bürgerschaft erreichten nicht einmal beide ehemaligen Großparteien zusammen.

b) Das Hamburger Wahlsystem

Die Hamburger Bürgerschaft wird nach einem „personalisierten Verhältniswahlrecht“ gewählt. Die Bürgerschaft besteht aus 121 Sitzen.

71 Mandate werden in 17 Mehrheitswahlkreisen („Mehrmandatswahlkreise“, 3-5 Mandate je nach Größe des Wahlkreises) über offene Wahllisten gewählt. Jeder und jede Wahlberechtigte hat dabei fünf Stimmen zu vergeben („Wahlkreisstimmen“), die für eine Person vergeben, aber auch auf fünf Personen aufgeteilt werden können. Dieses Wahlrecht galt bereits bei der vorausgegangenen Wahl.

50 Abgeordnete werden über offene Landeslisten gewählt. Im Unterschied zur vorausgegangenen Wahl hat jede/r Wahlberechtigte bei den „Landesstimmen“ nicht mehr nur eine Stimme, sondern ebenfalls fünf Stimmen. Die Landesstimmen können alle für die Landesliste in ihrer Gesamtheit oder beliebig auf Personen verteilt werden – und zwar an Personen auf unterschiedlichen Listen wie auch an verschiedene Gesamtlisten. Denkbar ist, dass ein Wähler fünf verschiedene Parteien wählt.

Die Sitzverteilung erfolgt nach dem „*Divisorverfahren mit Standardrundung*(Sainte-Laguë)“. Alle 121 regulären Sitze werden auf die Parteien, welche die Fünfprozenthürde überspringen konnten, entsprechend dem Verhältnis ihrer erreichten Zahl an Landesstimmen verteilt. Die Sitze werden zunächst mit den erfolgreichen Wahlkreiskandidaten besetzt, die restlichen an die Kandidaten der Landesliste vergeben. Dabei wird aus dem Verhältnis von Listenstimmen und Personenstimmen ermittelt, wie viele Sitze entsprechend der Stimmenzahl der Kandidaten (in den Wahlkreisen) und wie viele Sitze entsprechend der Listenreihenfolge vergeben werden.

Überspringt eine Partei die Sperrklausel und erreicht in den Wahlkreisen mehr Sitze, als ihr insgesamt im Land proportional zustehen, so erhält sie Überhangmandate, die anderen Parteien erhalten Ausgleichsmandate. Sollte eine Partei oder eine Person im Wahlkreis Mandate erringen, aber an der Sperrklausel scheitern oder gar keine Landesliste aufgestellt haben,

dann erhöht sich die Gesamtzahl der Sitze in der Bürgerschaft um diese Wahlkreismandate, ohne dass es dafür Ausgleichsmandate gibt. Erhöht sich dadurch die Gesamtzahl der Sitze auf eine gerade Zahl, wird sie um einen weiteren Sitz erhöht. Eine Partei, welche die absolute Mehrheit bei den Landesstimmen erreicht hat, erhält auch die absolute Mehrheit der Bürgerschaftsmandate und zu diesem Zweck gegebenenfalls zusätzliche Mandate. (Zusammenfassung nach www.wahlrecht.de)

Aufgrund dieses Wahlrechtes werden belastbare Ergebnisse über die Zusammensetzung der neuen Hamburger Bürgerschaft erst spät in der Wahlnacht bzw. am kommenden Tag erwartet.

Von der neuen Möglichkeit des Stimmensplittings bei der Landeslistenwahl haben nach Angaben der Nachwahlbefragung von *Infratest dimap* nur wenige Wählerinnen und Wähler Gebrauch gemacht. Danach haben 86% ihre fünf Stimmen auf eine Partei gebündelt, 12% haben ihre Stimmen auf zwei Parteien verteilt und 3% haben mehr als zwei Parteien gewählt. Das größte Stimmensplitting nahmen die Wählerinnen und Wähler der Grünen/GAL vor. Nur 51% haben ihre Stimmen vollständig gebündelt, 29% haben einen Teil der Stimmen an die SPD gegeben. Dagegen haben 82% derjenigen, die SPD gewählt haben, ihre Stimmen nicht gesplittet.⁸

III. Erkenntnisse der Vorwahlbefragungen

a) Klare Wechselstimmung zugunsten der SPD und Olaf Scholz

Seitdem die Grünen, die in Hamburg GAL heißen, am 28. November überraschend den Austritt aus der erst 2008 gebildeten bundesweit ersten schwarz-grünen Koalition auf Landesebene erklärt hatten, wurde das politische Klima im Stadtstaat durch eine deutliche Wechselstimmung geprägt. Insoweit waren die medialen und politischen Erwartungen an den Wahlausgang im Vorfeld des Wahltages eindeutig: Olaf Scholz wird neuer Bürgermeister, die CDU erleidet zweistellige Verluste. Spannend wird, ob die SPD die absolute Mehrheit erreicht oder einen Koalitionspartner benötigt. Im letzteren Fall lautete die Frage, ob es die GAL sein würde oder die FDP, falls diese den Einzug in die Bürgerschaft dieses Mal schaffen würde. DIE LINKE wurde mehrheitlich wieder, wenn auch knapp wieder in der Bürgerschaft erwartet.

Die politische Wechselstimmung hatte sich über Monate hinweg aufgebaut. Der Wahlkampf der SPD war auf Themen des Alltages und der Stadt zugeschnitten, die Presse berichtete mehrfach von der Wiederauferstehung der „Kümmerer“-Partei.

In den Umfragen lag die regierende CDU letztmals Ende 2009 mit 36-38% vor der SPD (33-34%). Zeitgleich wurde die GAL mit 11-13% gewichtet, DIE LINKE und die FDP mit jeweils 8%. Seit Frühjahr 2010 lag die SPD immer vor der CDU. Im Juli 2010 wurde sie erstmals mit über 40% bewertet (*Psephos*, 41%), die CDU mit 35%, die GAL mit 10%, DIE LINKE mit 6% und die FDP mit 4%.

Im Oktober sah das Institut Trend Research die CDU nur noch bei 25%, die SPD bei 35%, die GAL bei 17%, DIE LINKE bei 11% und die FDP bei 4%. Ende November gewichtete auch die Forschungsgruppe Wahlen die CDU nur noch mit 22%, die SPD mit 41%, die GAL mit 21% und DIE LINKE mit 7%. In den Folgewochen mit immer kürzeren zeitlichen Abständen zwischen den Umfragen erreichte die CDU kaum einmal mehr als 25%, mehrheitlich pendelte sie sich bei 22% ein, während die Werte für die SPD immer weiter stiegen. In den letzten beiden Wochen sanken sie wieder leicht auf 43-45%, die CDU erreichte Höchstwerte von 24-25%, die GAL stabil 15%, DIE LINKE 6% und die FDP 5%.

In den Wochen und Monaten nach der Bundestagswahl 2009 erreichte DIE LINKE in den Umfragen zur Bürgerschaftswahl in Hamburg 8-10%, ab Mitte 2010 waren es 6%. Die 11% bei *Trend Research* in Hamburg können dabei getrost als Ausrutscher des Instituts angese-

⁸ <http://blog.tagesschau.de>: Jörg Schönenborn, Neues Wahlrecht wenig genutzt, 20.02.2011, 18:53 Uhr.

hen werden. Ende des Jahres 2010 lagen die Werte mehrfach bei 7-8%. Im 13. Januar 2011 veröffentlichte *Infratest dimap* einen Absturz um 2%-Punkte auf 5%. Seitdem erschien der Wiedereinzug nicht mehr als gesichert. Nachfolgende Umfragen taxierten dann wieder 5,5-6%.

Vor dem Hintergrund dieser Umfragen erschien die Bürgerschaftswahl als ein Rennen, dessen Sieger bereits feststeht. Vieles deutete auf eine sichere rot-grüne Mehrheit hin. Spannend erschien allein die Frage, ob Olaf Scholz einen Koalitionspartner benötigt und ob sein zwischenzeitliches Liebäugeln mit der FDP ernsthafter politischer Natur sein könnte. DIE LINKE wurde außerhalb jeglicher Koalitionserwägungen gestellt und richtete ihren Wahlkampf entsprechend auf linke Opposition zu einer regierenden Sozialdemokratie aus.

Von Interesse war weiterhin, welches Ausmaß die Verluste der CDU erreichen würden, wie schlecht damit die Kanzlerin-Partei in das Superwahljahr 2011 starten würde und welche Auswirkungen auf das machtpolitische Gefüge der Bundes-CDU zu gewärtigen seien.

Bereits in der Dezember-Ausgabe des HamburgTREND wurde von Infratest-dimap ein Anteil von zwei Dritteln der Wahlberechtigten (67%) ermittelt, die nach der Bürgerschaftswahl eine SPD-geführte Regierung anstrebten. Die Anhänger/-innen der Grünen sprachen sich mit 87,4% deutlich für einen Wechsel zur SPD aus, woraus möglicherweise eine Erleichterung über das Ende der zwar Zeit ihres Bestehens unterstützte aber doch gegenüber einem rot-grünen Bündnis als „widernatürlich“ empfundene schwarz-grüne Koalition ausdrückt. Daran änderte sich auch in den weiteren Erhebungen der Monate Januar und Februar 2011 nichts.

Im HamburgTREND von Januar 2011 veröffentlichte Infratest-dimap die Zustimmungswerte für Hr. Ahlhaus und Hr. Scholz nach Anhänger/-innen der vier in der Bürgerschaft vertretenen Parteien. Dabei wurde deutlich, dass sich die CDU-Anhänger/-innen zu 78% für Ahlhaus und 12% für Scholz entschieden, während 3% keinen von Beiden bevorzugten.

Tabelle: Ergebnisse für die CDU bzw. SPD und die Kandidaten Ahlhaus bzw. Scholz (in %)

HamburgTREND	Sonntagsfrage- Zustimmung		Zustimmung für	
	CDU	SPD	Herr Ahlhaus	Herr Scholz
Dezember 2010	22	43	19	66
Januar 2011	26	43	23	59
Februar I 2011	25	46	21	64
Februar II 2011	23,5	45	21	55

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/hamburg/laendertrend

Die Anhänger/-innen von SPD und Grünen bevorzugten zu 88% (SPD) und 83% (Grüne) Hr. Scholz, während 8% (SPD) bzw. 2% (Grüne) Herrn Ahlhaus zu wählen bereit waren. Die Anhänger/-innen der LINKEN sprachen sich zu 15% für keinen von Beiden aus und präferierten zu 68% Hr. Scholz gegenüber Hr. Ahlhaus.

Tabelle: Zustimmung zu Hr. Ahlhaus bzw. Hr. Scholz nach Parteianhänger/-innen, Januar 2011 (in%)

Parteianhänger/-innen von	Direktwahl- Zustimmung		
	Hr. Ahlhaus	Hr. Scholz	Keinen von Beiden
CDU	78	12	3
SPD	8	88	1
GRÜNE	2	83	7
LINKE	4	68	15

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/hamburg/laendertrend

Im HamburgTREND Februar I 2011 von Infratest-dimap wurden neben den im Januar veröffentlichten Parteianhänger/-innen noch die Zustimmungswerte der Anhänger/-innen der FDP für die beiden Spitzenkandidaten veröffentlicht. Bemerkenswert an dieser Befragung ist, dass mit dem Verlauf des Wahlkampfes die Skepsis der LINKEN-Anhänger/-innen gegenüber dem SPD-Spitzenkandidaten Scholz deutlich anstieg und zwar von 15% (Januar 2011)

auf 27% (Februar 2011). Die Bereitschaft von CDU-Anhänger/-innen, bei dieser Wahl in Richtung SPD zu wechseln, drückt sich u.a. im gestiegenen Zustimmungswert für Hr. Scholz aus, der nunmehr bei dieser Anhängerschaft einen Wert von 21% zu 68% für Hr. Ahlhaus erhält.

Tabelle: Zustimmung zu Hr. Ahlhaus bzw. Hr. Scholz nach Parteianhänger/-innen, Februar 2011 (in%)

Parteianhänger/-innen von	Direktwahl- Zustimmung		
	Hr. Ahlhaus	Hr. Scholz	Keinen von Beiden
CDU	68	21	7
SPD	4	92	2
GRÜNE	15	74	9
LINKE	4	60	27
FDP	54	34	12

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/hamburg/laendertrend

Der Profilvergleich zwischen den Spitzenkandidaten von SPD und CDU verdeutlicht ein weiteres Mal die klare Überlegenheit des früheren Bundesministers Scholz gegenüber dem nur wenige Wochen amtierenden CDU-Bürgermeisters Ahlhaus. Scholz liegt in allen Felder vor dem Amtsinhaber.

Tabelle: Profilvergleich Ahlhaus - Scholz, Januar 2011 (in%)

	Ahlhaus	Scholz
Versteht mehr von der Wirtschaft	26	30
Ist die stärkere Führungsperson	25	48
Ist sympathischer	22	57
Gibt in der Öffentlichkeit eine bessere Figur ab	21	58
Setzt sich eher für die Schaffung von Arbeitsplätzen ein	19	43
Passt eher zu Hamburg	19	61
Ist glaubwürdiger	18	49
Ist besser mit den Problemen der Bürger vertraut	13	52
Setzt sich stärker für die soziale Gerechtigkeit ein	10	63

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/hamburg/laendertrend

In der Bilanz des Hamburger Senats, erfragt von Infratest-dimap für den HamburgTREND im Januar 2011 bekommt der Senat in Fragen der Wirtschaft und der Modernisierung Hamburgs gute Werte von 69% (Wirtschaft) und 62% (Modernisierung/Offenheit). In den anderen Fragen dominiert jedoch die Skepsis.

Tabelle: Bilanz des CDU-geführten Senats – Januar 2011 (in%)

	Stimme zu
Hamburgs Wirtschaft hat an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen	69
Hamburg ist moderner und offener geworden	62
Hamburg ist insgesamt sicherer geworden	36
Das Betreuungsangebot für Kleinkinder ist besser geworden	22
Der soziale Zusammenhalt Hamburgs wurde gestärkt	20
Hamburger Schulen haben sich verbessert	13
Es ist leichter geworden, bezahlbare Wohnungen zu finden	4

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/hamburg/laendertrend

Die Forschungsgruppe Wahlen ermittelte ihrerseits weitere Aussagen, die Erklärungsgründe für die Bereitschaft der Hamburger Wähler/-innen enthalten, bei dieser Bürgerschaftswahl zur SPD zu wechseln. Auf die Frage, ob CDU und Grüne Hamburg voran gebracht hätten, gaben gerade einmal 29% der Befragten an, dem zuzustimmen, während 67% diese Aussage verneinten. Stattdessen vertraten 64% der Befragten die Auffassung, dass Ole von Beust

Hamburg im Stich gelassen habe, 34% widersprachen dieser Position. Dass die SPD am besten zu Hamburg passen würde, fanden 68% der Befragten, während 29% dies verneinten.

b) Interesse an der Bürgerschaftswahl

Das geäußerte Interesse an der Bürgerschaftswahl überwog deutlich Aussagen über wenig oder gar nicht vorhandenes Interesse an der Bürgerschaftswahl.

Tabelle: Interesse an der Bürgerschaftswahl (in%)

	Sehr stark	Stark	Weniger stark	Gar nicht
Januar 2011	29	43	21	7
Februar I 2011	31	44	21	4
Februar II 2011	29	41	24	6
Vgl. Feb. 2008	27	41	25	7

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/hamburg/laendertrend

c) Parteienkompetenzen und Parteieigenschaften

Für die HamburgTRENDS vom Dezember 2010 und Februar I 2011 erfragte Infratest-dimap zudem die Kompetenzen der Parteien in den Augen der Wählerinnen und Wähler sowie im HamburgTREND Februar I 2011 die Eigenschaften der Parteien. Der erdrutschartige Verlust, den die CDU am 20.2.2011 zu vergegenwärtigen hatte, drückte sich bereits in diesen Kompetenz- und Eigenschaftszuschreibungen an. Es überrascht nicht, dass die LINKE bei den Parteienkompetenzen im Hinblick auf den Einsatz für soziale Gerechtigkeit und im Hinblick auf die Schaffung bezahlbaren Wohnraums am besten abschneidet.

Tabelle: Parteienkompetenzen – Dezember 2010 (in%)

	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Keine Partei
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	27	49	6	2	2	13
Kriminalität und Verbrechen bekämpfen	35	37	4	3	2	16
Die Wirtschaft voranbringen	35	47	4	3	1	9
Gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	21	43	19	1	3	13
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	10	59	14	1	7	9
Eine gute Umweltpolitik betreiben	10	19	60	1	1	9
Die Verschuldung verringern	24	40	6	2	1	26
Eine gute Verkehrspolitik betreiben	20	39	19	2	1	18
Für bezahlbaren Wohnraum sorgen	10	59	11	1	6	12

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/hamburg/laendertrend

Tabelle: Parteienkompetenzen – Februar I 2011 (in%)

	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Keine Partei
Die Wirtschaft voranbringen	39	37	3	4	1	15
Kriminalität und Verbrechen bekämpfen	37	35	3	1	2	20
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	30	43	3	4	2	17
Die Verschuldung verringern	27	33	3	4	2	30
Gute Haushalts- und Finanzpolitik betreiben	27	43	5	3	1	20
Eine gute Verkehrspolitik betreiben	24	33	18	2	1	21
Gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	20	42	14	3	3	18
Für Familien und eine gute Kinderbetr. sorgen	12	49	20	2	3	13
Für bezahlbaren Wohnraum sorgen	11	56	8	1	7	16
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	9	55	11	2	9	13
Eine gute Umweltpolitik betreiben	8	13	65	1	2	10
Die wichtigsten Probleme lösen	21	45	6	1	2	23

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/hamburg/laendertrend

In der Abfrage nach den Parteieigenschaften, gelingt es der LINKEN im Hinblick auf die Bürger/-innen-Nähe sowohl die CDU als auch die FDP zu überflügeln, denn 34% aller befragten Wahlberechtigten, schreiben diese Kompetenz der LINKEN zu. Im Hinblick auf die Geschlossenheit der Partei liegt die LINKE mit 37% vor der FDP und knapp hinter der Union. Ansonsten nimmt sie jedoch die hinteren Ränge in dieser Parteienwertung ein.

Tabelle: Parteieigenschaften – Februar I 2011 (in%)

	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE
Hat fähige Politiker	43	74	48	21	21
Ist geschlossen	41	57	52	34	37
Ist glaubwürdig	34	62	46	21	21
Ist bürgernah	33	72	62	21	34
Hat die richtigen Konzepte für Hamburg	30	55	35	14	11

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/hamburg/laendertrend

Für den HamburgTREND Februar II 2011 fragte Infratest-dimap auch nach der Profilschärfe der Parteien: „Wenn Sie einmal an die inhaltlichen Positionen der politischen Parteien in Hamburg denken. Würden Sie denn sagen, dass Sie im Moment im Großen und Ganzen wissen, für welche politischen Inhalte die einzelnen Parteien stehen?“. Dass die LINKE mit 60 Prozentpunkten genauso wie die Liberalen den beiden Parteien gehört, deren Positionen nicht so bekannt sind, dürfte weniger am schlechten Auftritt und einer ungenügenden Vermittlung der jeweiligen politischen Positionen liegen, sondern vielmehr an der gerade einmal knapp dreijährigen Tätigkeit der LINKEN in der Hamburger Bürgerschaft.

Tabelle: Profilschärfe der Parteien – Februar II 2011 (in%)

CDU		SPD		Grüne		FDP		LINKE	
Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
65	33	69	29	60	38	39	60	39	60

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/hamburg/laendertrend

d) Die wichtigsten Probleme in Hamburg

Angesichts des erfolgreichen Volksbegehrens zur Primarschule überrascht es nicht, dass die Bildungspolitik bei der Nennung der wichtigsten Probleme der Stadt von den durch Infratest-dimap Befragten an erste Stelle gesetzt wurde. Infratest-dimap nahm eine entsprechende Bewertung für die HamburgTRENDS im Dezember 2010 und im Februar I 2011 vor.

Tabelle: Die wichtigsten Probleme in Hamburg – Dezember 2010 / Februar I 2011 (in%)

	Dez. 2010	Feb I 2011
Bildung / Schule / Ausbildung	43	41
Haushaltsslage / Verschuldung	10	13
Familienpolitik / Kinderbetreuung	14	12
Soziale Ungerechtigkeit	12	11
Wirtschaftliche Situation	14	11
Verkehr	9	10
Arbeitslosigkeit / Arbeitsmarkt	11	9
Wohnen / bezahlbare Mieten	10	9
Kriminalität / Gewalt / Drogen	7	9
Elbvertiefung / Hafenausbau	5	8
Umweltschutz	5	5
Elbphilharmonie	2	4
Ausländerintegration	7	4
Stadtbahn	6	3

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/hamburg/laendertrend

e) Ansichten über die Parteien

Im Vorfeld der Wahl befragte Infratest-dimap die Wahlberechtigten auch über ihre Ansichten zu den zur Wahl stehenden Parteien.

Hinsichtlich der SPD teilten 78% der Befragten die Auffassung, dass diese Partei „in Hamburg nicht links, sondern in der Mitte“ stehe. 67% der Befragten waren der Meinung, dass die SPD mit Olaf Scholz den richtigen Kandidaten gefunden habe. 62% meinten, dass die SPD die Sorgen der kleinen Leute ernst nähme.

Wie bereits oben im Zusammenhang mit der Wechselbereitschaft dargelegt, vertraten 76% die Auffassung, dass die CDU nicht mehr regierungsfähig sei, 71% vermissten ein konkretes Profil und 69% sahen in Ahlhaus den falschen Spitzenkandidaten. 68% attestierten der Union, in Berlin, also im Bundespolitik-Betrieb, Sparpolitik auf dem Rücken der Schwachen zu betreiben.

In den Kompetenzwerten Arbeitsplatzsicherung, Wirtschaftsförderung und Verringerung der Verschuldung, gelingt der SPD ein Kompetenzzuwachs im jeweils zweistelligen Prozentpunktbereich, während die CDU ebenfalls zweistellig absingt.

Hinsichtlich der Grünen veröffentlichte Infratest-dimap⁹ unterschiedliche Zahlen. Diese werden in Klammern gesetzt. 81% (65%) sahen in den Grünen eine Partei, die sich um Themen kümmert, die andere Parteien vernachlässigen. Dass die Grünen das Regierungsbündnis zum richtigen Zeitpunkt verlassen haben, glaubten 73% (51%). An der Regierung beteiligt wollten die Grünen 52% der Befragten, wobei 42% der Auffassung waren, dass es viel Streit geben würde, sollten die Grünen mit der SPD regieren. 43% sagen in den Grünen ein Partei, die sich zu wenig um Wirtschaft und Arbeitsplätze kümmere.

Thematisch sahen 63% der Befragten die Umweltpolitik als stärkstes grünes Kompetenzfeld und 24% sahen in den Grünen eine Partei, die für bezahlbare Energie sorgen würde. Den Einsatz für gute Familienpolitik sahen 16% gut bei den Grünen aufgehoben.

Dass die LINKE in der Bürgerschaft seit 2008 eine ordentliche Arbeit gemacht habe, bescheinigte ein Viertel (25%) der Befragten und mehr als die Hälfte (51%) sahen in der LINKEN die Partei, die sich am stärksten für die sozial Schwachen einsetzt. Dass die LINKE eine immer noch kommunistisch orientierte Partei sei, war die Auffassung von 61% und 76% sahen in der LINKEN eine Partei, die zwar keine Probleme löse, aber die Dinge beim Namen nennen würde.

Die höchsten Kompetenzen wurden der LINKEN hinsichtlich des Einsatzes für soziale Gerechtigkeit zugesprochen (11%, d.h. +3% ggü. 2008). Dass die LINKE für eine gute Familienpolitik sorgen würde, war Auffassung von 6%.

⁹ <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-02-20-LT-DE-HH/umfrage-aussagen.shtml>.

IV. Das Wahlergebnis und die Auswirkungen auf Bundesrat und LT-Wahlen

a) Das Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl im Vergleich

Im Vergleich mit vorherigen Wahlergebnissen zeigt sich, dass die guten Ergebnisse der CDU bei den Bürgerschaftswahlen 2004 und 2008 durchaus im Gegensatz zu ihren Hamburger Ergebnissen bei bundesweiten Wahlen standen. Nimmt man etwa die Bundestagswahlen 2009 als Bezugspunkt, so verlor sie „lediglich“ knapp 6 Prozentpunkte, weniger als die FDP. Die Differenz bei den Wahlen auf unterschiedlichen Ebenen belegt zum einen die parteipolitische Mobilität der Hamburger Wählerschaft.

Tabelle: Die Ergebnisse der Wahlen in Hamburg im Vergleich

	BTW02	BÜ04	BTW05	BÜ08	EPW09	BTW09	BÜ11
Wahlbeteiligung	79,6%	68,7%	77,5%	63,5%	34,7%	71,3%	57,0%
CDU	28,1%	47,2%	28,9%	42,6%	29,7%	27,8%	21,9%
SPD	42,0%	30,5%	38,7%	34,1%	25,4%	27,4%	48,3%
Grüne	16,2%	12,3%	14,9%	9,6%	20,5%	15,6%	11,2%
FDP	6,8%	2,8%	9,0%	4,8%	11,1%	13,2%	6,6%
DIE LINKE (PDS)	2,1%	1,1%	6,3%	6,4%	6,7%	11,2%	6,4%
Rep					0,4%		
NPD	0,2%		1,0%				0,9%
DVU				0,8%	0,4%		
Offensive D	4,2%	0,4%					
Sonstige	0,4%	5,7%	1,2%	1,7%	5,8%	4,7%	4,6%
CDU und SPD	70,1%	77,7%	67,6%	76,7%	55,1%	55,2%	70,3%
SPD, Grüne, LINKE	60,3%	43,9%	60,0%	50,2%	52,6%	54,2%	65,9%
CDU, FDP	34,9%	50,1%	37,8%	47,3%	40,8%	41,0%	28,6%

BTW: Bundestagswahl / BÜ: Bürgerschaftswahl / EPW: Wahl zum Europaparlament

Eine abschätzende Umrechnung der Stimmen für die Parteien auf der Landeslisten in Personen kommt zu dem Ergebnis, dass

- die CDU wohl mehr als 150.000 WählerInnen verloren hat;
- die SPD etwa 60.000 hinzugewonnen hat;
- die Grünen weder nennenswert Wähler verloren noch gewonnen haben;
- die FDP etwa 7.000 hinzugewann,
- DIE LINKE gut 5.000 verlor.

Tabelle: Die Stimmenverhältnisse in den sieben Wahlgebieten Bürgerschaftswahl 2011

	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	GRÜNE/GAL	FDP	Die Linke
Hamburg-Mitte	47,9%	17,6%	49,9%	11,1%	4,2%	9,3%
Altona	62,3%	19,3%	45,8%	13,3%	7,8%	8,2%
Eimsbüttel	61,8%	20,4%	47,5%	13,9%	6,7%	6,3%
Hamburg Nord	58,9%	20,0%	48,3%	13,5%	6,8%	6,0%
Wandsbek	57,9%	25,9%	48,8%	8,3%	7,7%	4,7%
Harburg	51,1%	24,9%	49,9%	7,7%	5,4%	6,0%
Bergedorf	53,4%	26,2%	50,0%	8,2%	5,0%	5,6%
Gesamt	57,0%	21,9%	48,3%	11,2%	6,6%	6,4%

Der „grandiose Wahlsieg“ von Olaf Scholz verdankt sich zu mindestens der Hälfte dem Rückgang der Wahlbeteiligung infolge der Demobilisierung der CDU-Wählerschaft. Mit weniger als 30% erreicht das bürgerliche Lager einen Tiefpunkt.

Ihr bestes Wahlergebnis erreicht die CDU mit 26,2% im Wahlgebiet Bergedorf, gefolgt von Wandsbek und Harburg. Ihr schlechtestes Ergebnis erreicht sie mit 17,6% der Stimmen in Hamburg-Mitte. Die besseren Ergebnisse der CDU haben keinen Einfluss auf das Ergebnis der SPD. Sie erzielt ihr bestes Ergebnis ebenfalls in Bergedorf.

Die Stärke der CDU korreliert eher mit einer Schwäche der Grünen/GAL und auch DIE LINKE erzielt ihre schwächeren Ergebnisse dort, wo die CDU besser als im Durchschnitt ist. In Wandsbek verliert die LINKE sogar einen Prozentpunkt, in Mitte und Altona gewinnt sie hinzu.

Tabelle: Die Ergebnisse für die Landesliste in den 17 Wahlkreisen

	Wahlbe- teiligung	CDU	SPD	Grüne /GAL	FDP	LINKE
Hamburg-Mitte	50,6%	15,8%	46,4%	14,7%	4,3%	10,2%
Billstedt-Wilhelmsburg-Finkenwerder	45,0%	19,8%	54,2%	6,7%	4,0%	8,2%
Altona	63,7%	13,7%	45,2%	17,5%	5,6%	11,2%
Blankenese	60,6%	26,4%	46,5%	7,8%	10,6%	4,3%
Rotherbaum-Harvestehude-Eimsbüttel-Ost	66,6%	17,9%	42,9%	18,5%	7,9%	7,7%
Stellingen-Eimsbüttel-West	57,0%	17,7%	50,0%	14,7%	4,8%	7,0%
Lokstedt-Niendorf-Schnelsen	61,9%	24,7%	49,8%	9,3%	7,2%	4,5%
Eppendorf-Winterhude	64,0%	21,0%	45,2%	15,6%	8,6%	5,0%
Barmbek-Uhlenhorst-Dulsberg	54,2%	17,7%	48,8%	14,4%	5,6%	7,2%
Fuhlsbüttel-Alsterdorf-Langenhagen	60,1%	21,8%	51,0%	10,3%	6,3%	5,6%
Wandsbek	51,8%	24,2%	49,4%	8,5%	6,4%	5,6%
Bramfeld-Barmsen-Berne	52,7%	21,5%	54,2%	7,5%	5,3%	6,0%
Alstertal-Walddörfer	69,6%	29,7%	44,0%	9,5%	10,3%	3,2%
Rahlstedt	55,0%	25,9%	50,8%	6,9%	6,9%	5,1%
Bergedorf	53,4%	26,2%	50,0%	8,2%	5,0%	5,6%
Harburg	50,0%	23,0%	50,5%	8,5%	4,5%	6,8%
Süderelbe	52,4%	26,9%	49,3%	6,8%	6,4%	5,2%

In den Wahlkreisen Hamburg-Mitte und Altona erreicht DIE LINKE – bei signifikant unterschiedlicher Wahlbeteiligung – zweistellig Ergebnisse, CDU und FDP erreichen hier nicht einmal mehr 20%. In einem Wahlkreis erreicht DIE LINKE über 8 Prozent, in drei weiteren Wahlkreisen steht für DIE LINKE eine sieben vor dem Komma und gleichzeitig bleibt dort die CDU unter 20%. Die SPD erreicht hier zum Teil über 50%, zum Teil erzielt die GAL in diesen Wahlkreisen ihr bestes Ergebnis. Die Zahlen bestätigen die Annahme, dass die SPD vor

allem von der CDU gewonnen hat und die Wählerschaft der Linken nur geringe Neigungen zeigte, zur SPD oder der GAL abzuwandern.

b) Die Briefwähler/-innen

Angesichts des neuen Wahlrechts, das als kompliziert und unübersichtlich dargestellt wurde, wurde ein deutlicher Anstieg der Briefwahl erwartet. Mehr noch als bei früheren Wahlen würden die Wählerinnen und Wähler deshalb in Ruhe ihr Kreuz zu Hause machen wollen.

Bei der Bürgerschaftswahl 2008 setzte sich die Wahlbeteiligung (bei den „Landesstimmen“) von 63,5% aus 15,3% Briefwahlstimmen und 48,2% Wahlurnen-Stimmen zusammen. Von allen Wählerinnen und Wählern machten 24,2% von der Briefwahl Gebrauch.

Der Landeswahlleiter schätzte für die aktuelle Wahl den Anteil der BriefwählerInnen auf 16,8% aller Wahlberechtigten, also um 1,5% höher.

Das Wahlverhalten der Briefwählerinnen und Briefwähler unterschied sich 2008 deutlich vom Wahlverhalten der Urnenwählerinnen und –wähler.

Bürgerschaftswahl 2008 - Ergebnis Landesstimmen nach Briefwahl und Urnenwahl					
	CDU	SPD	GRÜNE/GAL	FDP	Die Linke
Wahlurnen-Stimmen	41,1%	35,2%	9,8%	4,6%	6,7%
Briefwahlstimmen	47,3%	30,8%	8,9%	5,3%	5,6%
Stimmen gesamt	42,6%	34,1%	9,6%	4,8%	6,4%

Der Anteil der Briefwahlstimmen an allen Listenstimmen lag bei CDU und FDP mit 26,9% deutlich vor ihrem Anteil bei GAL (22,5%), SPD (21,8%) und LINKE (21,1%).

c) Auswirkungen auf den Bundesrat

Nachdem die Stimmen Hamburgs im Zuge des Austritts der Grünen aus dem Bündnis mit der CDU für den Zeitraum zwischen 28. November 2010 und 20. Februar 2011 vollständig dem Lager der schwarz-gelben Bundesregierung zuflossen, verändert sich mit der Bürgerschaftswahl in Hamburg die Stimmenverteilung innerhalb des Bundesrates abermals.

Bis zum Bruch des schwarz-grünen Senates galten die Stimmen Hamburgs als „neutral“, da die Union im Bund regiert, die Grünen sich indes in der Opposition befinden. Seit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 haben Union und FDP im Bundesrat keine Mehrheit. Die von ihnen regierten Länder stellen zusammen derzeit noch 34 der insgesamt 69 Stimmen.

Mit der Wahl in Hamburg wird das schwarz-gelbe Lager um drei Sitze abschmelzen. Es kommt künftig dann noch auf 31 Stimmen. Von CDU beziehungsweise CSU und FDP werden regiert: Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Sachsen und Schleswig-Holstein. Union und FDP fehlte mit ihren 34 Stimmen im Bundesrat bisher genau eine weitere, um ihre Gesetze durchzubringen. So war zumindest theoretisch denkbar, durch geschicktes Verhandeln und die Zusage einer regionalen Besonderheit, ein weiteres Land zur Zustimmung zu bewegen. Diese Option wird nun noch unwahrscheinlicher.

Wegen der vielen verschiedenen Konstellationen wird aber das sogenannte linke Lager auch künftig keine eigene Mehrheit in der Länderkammer haben. Mit den Stimmen aus den rot-grün regierten Ländern Nordrhein-Westfalen (6), Bremen (3), den rot-roten Ländern Berlin und Brandenburg und dem SPD-geführten Rheinland-Pfalz (jeweils 4) kamen SPD, Linke und Grüne bisher zusammen auf 21 Stimmen, nun sind es 24.

Das „neutrale“ Lager hat derzeit 14 Stimmen inne. Diese beruhen auf jenen vier Bundesländern, die von Parteien regiert werden, die sich im Bund als Konkurrenten gegenüberstehen: die CDU/SPD-Koalitionen in Sachsen-Anhalt und Thüringen, die SPD/CDU-Regierung in Mecklenburg-Vorpommern und das Jamaikabündnis an der Saar.

Weitere Veränderungen können sich im Zuge der weiteren Landtagswahlen in diesem Jahr ergeben. Eine Rückkehr der schwarz-gelben Mehrheit im Bundesrat ist im Zuge dieser Wahlen bislang nicht absehbar – eine tatsächliche rot-rot-grüne Alternative im Bundesrat zur schwarz-gelben Bundesregierung jedoch auch nicht.

„Die Pattsituation zwischen Bundestag und Bundesrat bleibt also bestehen. Das bedeutet, dass Kanzlerin Angela Merkel und ihre schwarz-gelbe Koalition weiter auf Kompromisse mit SPD-geführten Ländern im Bundesrat angewiesen sein werden. Der Vermittlungsausschuss, von manchen wegen seiner Arbeit hinter verschlossenen Türen auch die Dunkelkammer der Nation genannt, wird wichtiger. Und solches Ringen wie um die Hartz IV-Reform zum politischen Alltag werden.“¹⁰

Tabelle: Bundesratszusammensetzung nach der Bürgerschaftswahl in Hamburg

Land	Stimmen	Schwarz -Rot Große Koalition	Rot- Schwarz	Schwarz -Gelb	SPD- Alleinre- gierung	Rot-Rot	Rot- Grün	Jamaika
BW	6			6				
BY	6			6				
BE	4					4		
BB	4					4		
HB	3						3	
HH	3				3			
HE	5			5				
MV	3		3					
NI	6			6				
NW	6						6	
RP	4				4			
SL	3							3
SN	4			4				
ST	4	4						
SH	4			4				
TH	4	4						
Gesamt	69	8	3	31	7	8	9	3
		11						

d) Die Hamburg-Wahl: Kein Passepartout für die Landtagswahlen in diesem Jahr

Noch am Wahlabend erklärte der FDP-Generalsekretär Christian Lindner: "Die Wahl zeigt: Durch harte Arbeit und Klarheit können wir uns Vertrauen erarbeiten." Die Menschen goutierten, das die FDP eine klare politische Botschaft habe und Profil zeige. Das Ergebnis sei ein "wichtiger Meilenstein".

Auch wenn die Erleichterung auf Seiten der Liberalen und insbesondere ihres Parteivorsitzenden über das Hamburger Wahlergebnis groß sein mag, ist es doch ein Irrtum anzunehmen, dass dieses Wahlergebnis bundespolitischen Erwägungen geschuldet sei oder gar einen Ausblick auf die kommenden Landtagswahlen erlauben würde. Vielmehr ist Stefan Reinecke von der taz zuzustimmen, wenn er formuliert: „ein Passepartout für die sechs

¹⁰ <http://www.fr-online.de/politik/das-linke-lager-wird-staerker/-/1472596/7214966/-/index.html>.

Landtagswahlen 2011 ist diese Wahl nicht. Nichts wäre törichter, als [zum Beispiel] zu glauben, dass die SPD als Volkspartei alten Stils wieder da ist, mit uneinnehmbaren Hochburgen und Stammwählerschaft“¹¹

Die Forschungsgruppe Wahlen wies in ihrem Wahlkommentar darauf hin, dass für 82% der Wähler/-innen die Lokalpolitik, und nur für 16% die Bundespolitik den Ausschlag gab, die Basis des SPD-Wahlsieges also vor Ort läge:

„Ein bundesweiter Stimmungstest oder gar Indikator für die kommenden Landtagswahlen war die Hamburger Bürgerschaftswahl mit ihrem schon immer lokalen Charakter, einer diesmal besonders starken landespolitischen Komponente und der hohen Wählermobilität einer modernen Großstadt sicherlich nicht.“¹²

V. Erste Analyse der Wahlergebnisse

a) Die Wähler/-innenwanderung

Die Wähler/-innenwanderung bei dieser Hamburger Bürgerschaftswahl ist naturgemäß geprägt durch den erdrutschartigen Verlust der CDU. Sie gibt an alle Parteien ab, vor allem aber an die SPD und verliert einen erheblichen Anteil an das Nichtwähler/-innenspektrum.

Tabelle: Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der Wähler/-innen (in Tsd.)

	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE.	Nichtwähl.
CDU	-	-52.000	-19.000	-7.000	-4.000	-70.000
SPD	52.000	-	5.000	8.000	4.000	-8.000
FDP	19.000	-5.000	-	0	0	-6.000
Grüne	7.000	-8.000	0	-	-1.000	-5.000
DIE LINKE.	4.000	-4.000	0	1.000	-	-2.000
Nichtwähler/innen	70.000	8.000	6.000	5.000	2.000	-

Quelle: <http://www.infratest-dimap.de> / Lesehilfe: Die CDU verliert z.B. an die SPD 52.000 Wähler/-innen. (Zeile 1) Die SPD erhält z.B. von der CDU 52.000 Wähler/-innen, gibt aber 8.000 Wähler/-innen an die Nichtwähler/-innen ab. (Zeile 2)

Alle Parteien geben Wähler/-innen und Wähler an das Nichtwähler/-innenspektrum ab, was u.a. auch durch die gesunkene Wahlbeteiligung erklärt wird. Es gelingt ihnen jedoch in unterschiedlichem Maße Stimmen hinzuzugewinnen.

Die SPD verbucht in relevantem Maße Stimmengewinne, die insbesondere aus der CDU kommen. Auch die FDP profitiert von dieser Abwanderung der CDU-Wähler/-innen, was noch einmal verdeutlicht, dass es kein Qualitätsausweis der Liberalen ist, nunmehr wieder in der Bürgerschaft vertreten zu sein, sondern vielmehr profitieren sie vom staatsbürgerlichen Bewusstsein enttäuschter CDU-Wähler/-innen, die lieber die FDP wählen, als gar nicht mehr zur Wahl zu gehen.

Die LINKE gleicht die ihr zugeflossenen vormaligen CDU-Wähler/-innen mit Verlusten an die SPD aus und gewinnt Stimmen von den Grünen hinzu, muss jedoch ihrerseits auch Stimmen an die Nichtwähler/-innen abgeben.

¹¹ <http://taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/modell-hamburg/>.

¹² http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahl_Hamburg/.

b) Regionale Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Arbeitslosigkeit

Die nachfolgende Übersicht stellt dar, wie die Parteien in Gebieten mit unterschiedlich hohem Grad an Arbeitslosigkeit abgeschnitten haben.

Partei	Arbeitslosigkeit in diesem Gebiet		
	Hoch	Mittel	Niedrig
SPD	49,9	49,2	45,4
CDU	20,5	21,4	24,2
Grüne	9,7	11,0	12,7
FDP	4,7	6,3	8,7
LINKE	8,0	6,6	4,8
NPD	1,5	0,9	0,4

Quelle: <http://www.infratest-dimap.de>

Hinsichtlich des Abschneidens in den Gebieten mit unterschiedlichem Grad an Arbeitslosigkeit bestehen innerhalb der demokratischen Parteien zwei Gruppen. SPD und LINKE gewinnen an Zustimmung je höher der Grad der Arbeitslosigkeit in einem Gebiet ist.

CDU, FDP und Grüne können wiederum erhöhte Zustimmung insbesondere in den Gebieten vorweisen, in denen die Arbeitslosigkeit mittel oder niedrig ist.

c) Regionale Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Ausländeranteil

Die nachfolgende Übersicht stellt dar, wie die Parteien in Gebieten mit unterschiedlich hohem Grad an Ausländern abgeschnitten haben.

Partei	Ausländeranteil in diesem Gebiet		
	Hoch	Mittel	Niedrig
SPD	48,3	48,2	48,6
CDU	17,0	21,6	26,1
Grüne	13,0	11,8	8,9
FDP	4,8	7,1	7,4
LINKE	9,6	6,0	4,6
NPD	1,1	0,8	0,8

Quelle: <http://www.infratest-dimap.de>

Hinsichtlich des Abschneidens in den Gebieten mit unterschiedlichem Grad des Ausländeranteils findet sich bei dieser Bürgerschaftswahl keine signifikante Veränderung im Hinblick auf die Zustimmungsraten für die SPD, die im Wesentlichen gleiche Ergebnisse in allen Merkmalsregionen erhält.

Bezüglich CDU und FDP sind hingegen ebenso deutliche Unterschiede zu sehen, wie spiegelbildlich im Hinblick auf LINKE und Grüne. Während Union und Liberale an Zustimmung gewinnen, je geringer der Ausländeranteil sich darstellt, verlieren LINKE und Grüne an Zustimmung mit nachlassendem Ausländeranteil.

d) Regionale Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Anteil an Migrant/-innen

Wurde eben der Ausländeranteil in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt, wird mit nachfolgender Übersicht nunmehr erfasst, wie die Parteien in Gebieten mit unterschiedlich hohem Grad an Migrant/-innen abgeschnitten haben.

Partei	Migrant/-innenanteil in diesem Gebiet		
	Hoch	Mittel	Niedrig
SPD	49,9	49,0	46,4
CDU	20,5	21,3	23,7
Grüne	9,7	11,0	12,2
FDP	4,7	6,3	8,3
LINKE	8,0	6,8	5,0
NPD	1,5	0,9	0,5

Quelle: <http://www.infratest-dimap.de>

Anders als beim Grad des Ausländeranteils, stellt sich die Veränderung in der Zustimmung hinsichtlich des Grads des Migrant/-innenanteils dergestalt dar, dass mit dem absinkenden Grad des Migrant/-innenanteils, SPD und LINKE an Zustimmung verlieren, während die anderen demokratischen Parteien CDU, FDP und Grüne an Zustimmung gewinnen.

e) Regionale Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Anteil der Wahlbeteiligung

Die Höhe der Wahlbeteiligung stellt ein weiteres Regionsmerkmal dar. Auch dabei wird zwischen Hoch, Mittel und Niedrig differenziert.

Partei	Wahlbeteiligung in diesem Gebiet		
	Hoch	Mittel	Niedrig
SPD	45,3	50,0	49,8
CDU	21,5	22,6	21,4
Grüne	13,9	9,9	9,4
FDP	7,9	6,5	5,1
LINKE	6,4	5,8	7,5

Quelle: <http://www.infratest-dimap.de>

In Gebieten mit einer hohen oder starken Wahlbeteiligung kann die SPD signifikant weniger Wähler/-innen mobilisieren als in Gebieten mit einer mittleren oder niedrigeren Wahlbeteiligung.

Anders die Grünen und FDP, die in Gebieten mit einer hohen Wahlbeteiligung – dies sind Gebiete, die klassischerweise wohlhabender und bildungsbürgerlicher sind – signifikant höhere Zustimmungsraten erhalten.

Für die CDU stellt sich die Zustimmungsraten ungefähr ausgewogen dar, während die LINKE in Gebieten mit einer niedrigen Wahlbeteiligung den vergleichsweise höchsten Wert erhält.

f) Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Altersgruppen

Jahre / Merkmal	SPD	CDU	Grüne	FDP	LINKE
Erstwähler/-in	45	14	16	4	8
18-24	43	15	16	4	8
25-34	44	17	16	6	6
35-44	47	18	15	7	6
45-59	50	17	14	6	9
60+	51	31	4	7	4

Quelle: <http://www.infratest-dimap.de>

Die SPD gewinnt an Zustimmung je älter die Wähler/-innen werden, während die CDU allein in der Gruppe über 60-jährigen und älteren Wähler/-innen ein überdurchschnittliches Ergebnis erreichen kann. Die Grünen wiederum erreichen in dieser Altersgruppe ein weit unterdurchschnittliches Ergebnis. Die LINKE erhält die meiste Zustimmung, wie immer, in der Gruppe der 45-59-jährigen Wähler/-innen.

g) Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Tätigkeit

Merkmal	SPD	CDU	Grüne	FDP	LINKE
Arbeiter	57 (+19)	16 (-18)	5 (-2)	4 (+1)	9 (-1)
Angestellte	51 (+16)	17 (-23)	13 (+1)	6 (+2)	6 (-1)
Selbständige	33 (+9)	23 (-18)	19 (+2)	12 (+3)	7 (+1)
Rentner/-in	51 (+21)	32 (-24)	4 (+1)	7 (+2)	4 (+0)
Arbeitslose	45 (+2)	15 (-2)	13 (+3)	3 (-1)	16 (-3)

Quelle: <http://www.infratest-dimap.de> / In Klammern der Vergleich zu 2008

Die SPD gewinnt in allen Tätigkeitsgruppen hinzu, am Stärksten bei Arbeitern, Angestellten und Rentnern. Die CDU verliert, mit Ausnahme der Arbeitslosen in allen Tätigkeitsmerkmalen zweistellig. Die LINKE verliert drei Prozentpunkte bei Arbeitslosen, erreicht hier aber weiterhin ein überdurchschnittliches Ergebnis.

h) Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Geschlecht

Merkmal	SPD	CDU	Grüne	FDP	LINKE
Männer	47	21	10	8	7
Frauen	50	23	12	5	6

Quelle: <http://www.infratest-dimap.de> / In Klammern der Vergleich zu 2008

Mit Ausnahme von FDP und LINKEN schneiden die anderen drei Parteien bei den Wählerinnen besser ab, als bei den Wählern.

Die Autoren / Vorbehalt

Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff (DIE LINKE.) ist Sozialwissenschaftler und arbeitet derzeit als Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz im Senat von Berlin.

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und leitet den Bereich Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand DIE LINKE.

Beide Autoren geben in dieser Wahlrechtberichterstattung ihre persönliche Meinung wieder.

Diese Analyse entstand in der Wahlrecht vom 20./21. Februar 2011 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt eigenen Erkenntnissen, den öffentlich zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen. Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

* * *